

An dieser Stelle wurde der nachfolgende Antrag der SPD-Fraktion, Drucksachen-Nr. 09/0255 mit behandelt.

Zum Sachstand berichtete Herr Raubach, dass der zur Verfügung stehende Betrag in Höhe von rund 5 Mio. Euro im Haushalt komplett für städtische Projekte eingesetzt wurde. Verschiedene Maßnahmen könnten jedoch nicht durchgeführt werden. Statt dessen sollen insbesondere energetische Maßnahmen im Schulzentrum Niederpleis vorgezogen werden, die sich im einzelnen aus der Sitzungsvorlage ergeben. Auf Grund eingegangener Anträge seien Mittel aus dem Konjunkturpaket zu dem an zwei freie Träger weiterzuleiten.

Ergänzend wies Herr Lübken auf die Beschlussfassung des Rates in seiner Sitzung am 27.07.2009 zum Verhandlungsverfahren ÖPP hin. Inhalt des Verfahrens sei ausdrücklich eine Finanzierung von Kunstrasenplätzen. Der Antrag der SPD-Fraktion stehe dieser Beschlussfassung entgegen. Bei Berücksichtigung des im SPD-Antrag genannten Vorbehaltes könne die Verwaltung weder mit der Errichtung von Kunstrasenplätzen noch mit den energetischen Maßnahmen im Schulzentrum Niederpleis beginnen, solange nicht feststehe, welche Finanzierungsart in Frage komme.

In einer ausführlichen Stellungnahme erläuterte Herr Knülle den Änderungsantrag der SPD-Fraktion. Die Mittel aus dem Konjunkturpaket II könnten bei der vorgesehen Verwendung nicht mehr für die Errichtung von Kunstrasenplätzen eingesetzt werden. Er gehe nicht davon aus, dass in den kommenden Jahren aus dem städtischen Haushalt hierfür Mittel bereit gestellt werden können. Eine Realisierung über ÖPP hielt er für äußerst schwierig. Daher sollten die Mittel für die von der SPD-Fraktion vorgeschlagenen Maßnahmen zunächst gesichert werden. Es stehe dem Rat offen, bei einer Realisierung von ÖPP zu gegebener Zeit eine erneute Entscheidung zu treffen. Bei einem Scheitern des ÖPP-Projektes gehe der Sportbereich leer aus. Bei einer eigenen Realisierung bestünden zudem größere Ausgestaltungsmöglichkeiten. Er befürchte, dass Vereinsmitglieder in Nachbarkommunen, die über Kunstrasenplätze verfügen, abwandern. Neben den Vereinen würden auch die Schulen von Kunstrasenplätzen profitieren. Eine Mittelverwendung aus dem Konjunkturpaket sei nach Rücksprache mit dem Innenministerium zulässig.

Frau Jung sprach sich für die FDP-Fraktion gegen den Antrag aus. Der Rat habe bereits eine Realisierung der Kunstrasenplätze über das ÖPP-Verfahren sowie die Durchführung der energetischen Maßnahmen über das Konjunkturpaket II festgelegt. Mit den energetischen Maßnahmen seien langfristige Einsparpotentiale zu erzielen, die für andere Projekte eingesetzt werden könnten.

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erläuterte Herr Metz, dass die Mittelverwendung aus dem Konjunkturpaket II in den interfraktionellen Gesprächen ausgewogen vorgenommen wurde. Dies werde durch die Verwaltungsvorlage fortgeschrieben. Vor dem Hintergrund der mit dem Konjunkturpaket II verbundenen Ziele, vorwiegend energetische Maßnahmen umzusetzen, werde der Antrag der SPD-Fraktion skeptisch gesehen. Zudem ergebe sich eine zeitliche Verzögerung sowohl im Hinblick auf die Realisierung der Kunstrasenplätze über ÖPP als auch hinsichtlich der energetischen Maßnahmen aus Mitteln des Konjunkturpaketes II. Die energetischen Einsparpotentiale seien zudem in den nächsten Jahren haushaltsrelevant und kämen auch den Schülern zu Gute. Der Neubau der Sportstätten werde weiterhin unterstützt, es werde jedoch an dem bisherigen Weg festgehalten. Dem Antrag der SPD-Fraktion werde nicht

zugestimmt.

Herr Wagner hielt den Antrag der SPD-Fraktion für populistisch. Der Antrag widerspreche den einvernehmlich im Rat festgelegten Grundsätzen. Es sei Konsens, mit den Mitteln aus dem Konjunkturpaket II in erster Linie nachhaltige energetische Maßnahmen im Schulbereich umzusetzen. Der Antrag nehme darüber hinaus dem ÖPP-Projekt einen wesentlichen Bestandteil und führe wegen seines zeitlichen Vorbehalts zu einer erheblichen Verzögerung und sei nicht zu verantworten. Die aus dem Konjunkturpaket II geplanten Maßnahmen seien schnellst möglich umzusetzen und das ÖPP-Projekt voranzutreiben. Dem Antrag könne daher seitens der CDU-Fraktion nicht zugestimmt werden. Der Bau von Kunstrasenplätzen habe dennoch höchste Priorität und könne im Rahmen des ÖPP-Projektes erfolgen. Bei einem Scheitern dieses Projektes würden Mittel und Wege gefunden, diese Maßnahme anderweitig zu finanzieren und umzusetzen. Der Vorschlag der SPD-Fraktion zu Birlinghoven und Buisdorf stehe zu dem im Widerspruch zum Gutachten der Sporthochschule.

Herr Dr. Lennartz führte aus, dass im Haushalt eine Sanierung der Tennenbeläge in Birlinghoven und Buisdorf vorgesehen sei. Die Schaffung von Kunstrasenplätzen an diesen Örtlichkeiten sei vor dem Hintergrund des Gutachtens der Sporthochschule nicht sinnvoll. Die Formulierung des Antrages berge die Gefahr, dass ein potentieller Anbieter im ÖPP-Verfahren Kunstrasenplätze vernachlässige. Andererseits rechnen die Vereine mit einer baldigen Realisierung. Der Rat müsse dafür sorgen, dass bei einem Scheitern von ÖPP die Realisierung der Kunstrasenplätze auf anderem Wege erfolge. Wenn zu lange abgewartet wird, müssten die vorhandenen Tennenbeläge kostenintensiv saniert werden.

Herr Dr. Lennartz plädierte für eine Zurückstellung des Antrages bis Januar 2010, um den weiteren Verlauf des ÖPP-Verfahrens abzuwarten. Daher werde er sich bei einer Abstimmung über den Antrag enthalten.

Dem stimmte Herr Knülle zu, wenn auch die Verwaltungsvorlage zurückgestellt werde. Da die Ausschreibung aufgehoben wurde, hielt Herr Knülle das ÖPP-Projekt zunächst für gescheitert. Bei einer Realisierung der Kunstrasenplätze aus dem städtischen Haushalt sehe er die Gefahr, dass die Ausgleichsrücklage bereits früher als vorgesehen aufgebraucht sei und die finanzielle Handlungsfähigkeit der Stadt dann eingeschränkt sei. Gerade weil die Anbieter im ÖPP-Verfahren in der Vergangenheit die Kunstrasenplätze vernachlässigt haben, müsse hierfür eine alternative Finanzierungsmöglichkeit über das Konjunkturpaket II gesichert werden. Eine Einsparmöglichkeit für die künftigen Haushaltsjahre sehe er in den geringeren Unterhaltungskosten, die 40 % niedriger seien, als bei einem Tennenbelag. Zudem werde auch in Nachbarkommunen die Erstellung von Kunstrasenplätzen über das Konjunkturpaket II vorgenommen.

Herr Köhler vertrat die Auffassung, dass eine Sanierung von Sportanlagen angesichts sinkender Einnahmen nicht geleistet werden könne, weder über ein ÖPP-Verfahren noch über eine konventionelle Finanzierung. Der Rat habe jedoch die Fortführung des ÖPP-Verfahrens beschlossen und auch Beschlüsse zur Verwendung der Mittel aus dem Konjunkturpaket II gefasst. Diese könnten nicht mit einem Sachantrag ausgehebelt werden; daher könne er dem Antrag nicht zustimmen.

Frau Bergmann-Gries bat um Mitteilung, wie die Herstellung von Kunstrasenplätzen aus dem

städtischen Haushalt realisiert werden könnte. Nach Einschätzung von Frau Jung müssten für drei Kunstrasenplätze ca. 2,1 Mio. Euro veranschlagt und bei einem Scheitern des ÖPP-Projektes in den Haushalt eingestellt werden. Der Bürgermeister erklärte, den Betrag – soweit erforderlich – zu gegebener Zeit im Haushalt darzustellen.

Herr Tielke erläuterte die einzelnen energetischen Maßnahmen, die am Schulzentrum Niederpleis durchgeführt werden sollen und in den nächsten Jahren ohnehin anstehen. Diese umfassen die Beleuchtung in den Fluren, auf der Schulstraße und in den Kellerräumen inklusive Verkabelung und große Teile der Sicherheitsbeleuchtung. Insbesondere sollen Präsenzmelder eingebaut werden, die eine Beleuchtung nur bei Bedarf ermöglichen. Hierdurch werden nachhaltige Einspareffekte erwartet, die sich auf ca. 20 % (= ca. 40.000 Euro/jährlich) der derzeitigen Energiekosten beziffern.

Der Bürgermeister warnte vor einer Aufschiebung der Entscheidung über die Mittelverwendung aus dem Konjunkturpaket II, da diese ansonsten verlustig gehen könnten. Neben Kunstrasenplätzen gebe es auch andere wichtige Projekte in der Stadt. Gerade mit energetischen Maßnahmen und den daraus resultierenden Energieeinsparungen könnten finanzielle Spielräume für künftige Projekte geschaffen werden. Wenn die Kunstrasenplätze aus dem ÖPP-Projekt herausgenommen werden, müsste eine erneute europaweite Ausschreibung des ÖPP-Projektes erfolgen.

Frau Lüders sprach sich dafür aus, keine Gegensätze zwischen Schulen und Sportvereinen aufzubauen.

Anschließend ließ der Bürgermeister zunächst über den Antrag der SPD-Fraktion abstimmen:

mehrheitlich nein bei 2 Enthaltungen, damit ist der Antrag abgelehnt

Hiernach fasste der Rat folgenden Beschluss: